

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion die Linke

Berliner Rahmenlehrpläne zeitgemäß und diskriminierungskritisch gestalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die derzeit in Überarbeitung befindlichen Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe der Fächer Geografie, Geschichte, Philosophie, Politische Bildung, Altgriechisch und Latein diskriminierungskritisch und diversitätssensibel zu gestalten. Der Einbezug der Zivilgesellschaft ist hierbei von entscheidender Relevanz.

Eine diskriminierungskritische Überarbeitung der Rahmenlehrpläne umfasst dabei:

- Im Rahmenlehrplan enthaltene diskriminierende Klischees, Stereotype, Marginalisierungen und Ungleichbehandlungen abzubauen und sich kritisch mit damit verbundenen Privilegien auseinanderzusetzen.
- Die Geschichte der Unterdrückung, Ausbeutung und Kolonisierung von marginalisierten Gruppen darzustellen und die historischen Kontinuitäten von Antisemitismus, Rassismus oder Queerfeindlichkeit bis in die Gegenwart ebenso herauszuarbeiten wie intersektionale Kämpfe um Rechte und Gleichberechtigung etwa von Schwarzen Menschen, People of Colour, Jüdinnen*Juden, Sinti*zze und Rom*nja, queeren Menschen, Frauen und Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen. Dabei geht es nicht um eine additive Aufnahme zusätzlicher Themen, sondern vielmehr um eine konsequente diskriminierungskritische und intersektionale Perspektive auf alle Lehrplaninhalte.
- Antidiskriminierung, Kolonialismus und Dekolonisierung dauerhaft sowie fach- und jahrgangsübergreifend als verpflichtende – nicht lediglich in Wahlpflichtmodulen vorkommende – Unterrichtsgegenstände im Fachunterricht zu etablieren.
- Den Einbezug verlorenen und verdrängten Wissens von unterdrückten und marginalisierten Perspektiven und die damit einhergehende Auflösung der vermeintlich neutralen Darstellung eurozentrischer, an einer weiß-männlichen Norm ausgerichteten Lehre und Geschichtserzählung.

- Geschlechtersensible Sprache in den Lehrplänen aller Fächer einzuführen bzw. zu verwenden. Die konsequente Verwendung geschlechtergerechter Sprache in den Rahmenlehrplänen hat Vorbildcharakter.

Antidiskriminierung und Dekolonisierung sind jedoch nicht allein Unterrichtsgegenstände, sondern müssen in den Schulen gelebt werden. Schulen sind als Orte der Partizipation zu gestalten, die auch die Perspektiven marginalisierter Gruppen repräsentieren. Der Senat wird daher aufgefordert, eine diskriminierungskritische Professionalisierung von Lehrkräften durch entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu gewährleisten sowie geeignete Lehr- und Lernmaterialien in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Bildungsprojekten bereitzustellen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2025 zu berichten.

Begründung

Diskriminierende Gesellschaftsstrukturen, Zuschreibungen und Ausgrenzung schreiben sich im Schulalltag fort und haben prägende Auswirkungen auf die betroffenen Schüler*innen, ihre Gesundheit, ihre Bildungs- und Teilhabechancen sowie auf ihre Familien und auch auf Lehrkräfte. Vor dem Hintergrund, dass Schulklassen immer diverser und heterogener werden, ist es von besonderer Notwendigkeit, dass Diskriminierung im Schulalltag auf allen Ebenen inhaltlich und strukturell entgegengewirkt wird. Von besonderer Relevanz sind dabei die Rahmenlehrpläne, die Lehrkräften Richtlinien und Orientierung für die inhaltliche und methodische Unterrichtsplanung und -durchführung geben und somit entscheidenden Einfluss auf das Unterrichtsgeschehen nehmen. Die Vielfalt und Internationalität der Lebensrealitäten in Berlin und der wissenschaftliche Fachdiskurs sind bis heute in den Lehrplänen nicht ausreichend repräsentiert. Die aktuelle Überarbeitung der Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe der gesellschaftlichen Fächer bis Ende 2024 muss für eine diskriminierungskritische Überarbeitung dringend genutzt werden. Hierbei sind insbesondere auch die wissenschaftlichen Stellungnahmen sowie die Expertise der Zivilgesellschaft in die Überarbeitung mit einzuarbeiten. Nur so kann der Senat dem Anspruch der Richtlinien der Regierungspolitik gerecht werden. Dort heißt es: „Die Rahmenlehrpläne und Lehr- und Lernmaterialien werden diskriminierungskritisch überarbeitet. Fortbildungen zu diesen Themenfeldern werden konzeptionell weiterentwickelt.“ Ziel sei es, „die Berliner Schule diskriminierungsfrei zu gestalten“. Diesen Ankündigungen muss der Senat Taten folgen lassen.

Die diskriminierungskritische Professionalisierung von Lehrkräften durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote sowie die Bereitstellung geeigneter Lehr- und Lernmaterialien sind essentiell, um zu gewährleisten, dass die Inhalte der Rahmenlehrpläne auch adäquat Eingang in die Unterrichtspraxis finden.

Berlin, den 8. Oktober 2024

Jarasch Graf Walter Krüger Neugebauer Bozkurt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Brychcy Lederer Eralp
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke